

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

13. Sitzung

und

Agrarausschuss

6. Sitzung

am Donnerstag, dem 7. September 2000, 10:40 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Ursula Kähler (SPD)	Vorsitzende
Holger Astrup (SPD)	
Wolfgang Fuß (SPD)	
Renate Gröpel (SPD)	
Günter Neugebauer (SPD)	
Hans-Jörn Arp (CDU)	
Reinhard Sager (CDU)	
Berndt Steincke (CDU)	
Wolfgang Kubicki (F.D.P.)	
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

Anwesende Abgeordnete des Agrarausschusses

Claus Hopp (CDU)	Vorsitzender
Hermann Benker (SPD)	
Maren Kruse (SPD)	
Dr. Henning Höppner (SPD)	
Helmut Plüschau (SPD)	
Friedrich-Carl Wodarz (SPD)	
Klaus Klinckhamer (CDU)	in Vertretung von Claus Ehlers
Heinz Maurus (CDU)	in Vertretung von Peter Jensen-Nissen
Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)	

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)
Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Jürgen Feddersen (CDU)
Rainer Wiegard (CDU)
Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Einziger Punkt der Tagesordnung:

Seite

Neuorganisation im Tourismus Schleswig-Holsteins

4

Umdrucke 15/272 und 15/275

Die Vorsitzende des Finanzausschusses, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:40 Uhr und stellt die **Beschlussfähigkeit** des federführenden Finanzausschusses fest. Die **Tagesordnung** wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Neuorganisation im Tourismus Schleswig-Holsteins

Umdrucke 15/272 und 15/275

M Franzen gibt einen Bericht über die Neuorganisation des Tourismus in Schleswig-Holstein und stellt dabei insbesondere die Probleme der bisherigen Organisation des Marketings sowie die wesentlichen Eckpunkte der Neukonzeption zur Behebung der Organisationsstruktur vor, Umdruck 15/272.

Dieser Bericht wird ergänzt von Herrn Schmücker, der in großen Zügen den Abschlussbericht zum Thema „Neukonzeption für den Tourismusverband Schleswig-Holstein (TVSH) und Unternehmenskonzept Tourismusmarketing Schleswig-Holstein GmbH (TMSH)“ vorstellt. Er betont dabei, dass der gemeinsam erarbeitete Vorschlag gegenüber dem bisher Vorgefundenen strukturierter, transparenter und effizienter sei.

Die Vorsitzende teilt eingangs der Diskussion mit, sie habe veranlasst, dass der Abschlussbericht den Abgeordneten als Tischvorlage vorgelegt werde (Umdruck 15/275).

Abg. Arp gibt seiner Verwunderung darüber Ausdruck, dass das heute vorlegte Konzept bereits am 15. August der Presse vorgestellt worden sei. Ein derartiges Verhalten könne nicht gerade als kooperative Zusammenarbeit bezeichnet werden.

Beklagt worden sei sowohl von M Franzen als auch von Herrn Schmücker die bisherige Organisation des Tourismusmarketing. Dieses Faktum sei für die CDU-Fraktion jedoch nicht neu, sondern bereits Anfang des Jahres Gegenstand der Kritik gewesen. Die TMSH, die noch im Februar von M Buß regelrecht hochgelobt worden sei, werde nunmehr von M Franzen als „Totgeburt“ qualifiziert. Nach seiner Ansicht werde jedoch lediglich TMSH in TASH geändert.

Die TASH solle keine Gewinne erzielen. Nicht nachzuvollziehen sei erstens, weshalb sich in dieser Firma jemand privatwirtschaftlich überhaupt engagieren sollte, wenn er sich nicht marktwirtschaftlich verhalten dürfe, und zweitens, warum diese Firma auf dem Markt keine Konzepte verkaufen solle.

Es stelle sich die Frage, wie sich die Regionalverbände verhalten sollen und ob sie weiterhin Zuschüsse erhalten. Noch vor kurzem sei die Dachmarke Schleswig-Holstein hochgelobt worden und nunmehr werde sie begraben. Dabei stelle sich doch zwangsläufig die Frage, ob nicht bereits in einem halben Jahr ein neuer Vorschlag vom Ministerium vorgelegt werde. Es müsse deshalb konkretisiert werden, was die eigentlichen Aufgaben der TASH seien.

M Franzen stellt klar, dass tatsächlich bis in den heutigen Morgen hinein an der Vorlage gearbeitet worden sei, auch wenn die wesentlichen Eckpunkte des Berichts, die der Vorlage als Anhang beigefügt seien, das Datum vom 15. August trügen und an diesem Tag der Presse vorgestellt worden seien. Es habe eben Abläufe gegeben, die dadurch gekennzeichnet gewesen sei, dass das Ministerium den vom Parlament vorgegeben Zeitplan habe einhalten wollen.

Bezüglich der inhaltlichen Fragen verweisen M Franzen und Herr Schmücker im Wesentlichen auf den Abschlussbericht, Umdruck 15/275.

Abg. Heinold hält es für nahezu ausgeschlossen, der Diskussion inhaltlich zu folgen, ohne den als Tischvorlage vorgelegten Abschlussbericht zuvor gelesen zu haben. Den Abgeordneten könne heute eigentlich nur abverlangt werden, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen. Zum Inhaltlichen merkt sie an, dass die Haushaltsmittel schon zu einem früheren Zeitpunkt hätten gesperrt oder sogar gestrichen werden müssen, wenn nunmehr festzustellen sei, dass in den letzten Jahren einige Dinge finanziert worden seien, die besser nicht finanziert worden wären.

Sie nehme zur Kenntnis, dass das, was immer gewollt gewesen sei, nämlich die Einrichtung einer landesweiten Buchungsstelle, nicht zustande komme. Vor diesem Hintergrund frage sie, wie viele Buchungen es in Schleswig-Holstein pro Jahr gegeben habe, wie viele davon über den „Versuch“ der Buchungsstelle gegangen seien und ob diese Buchungen telefonisch, schriftlich oder über das Internet vorgenommen worden seien.

Zum politischen Teil der Äußerungen von Abg. Heinold merkt M Franzen an, „dass der Finanzausschuss immer gewusst hat, es ist irgendwo nicht ganz das, was wir wollen“. Die erforderliche Transparenz sei einfach nicht gegeben gewesen und dies habe der Gutachter in seiner Vorlage bestätigt.

Herr Schmücker führt zum Inhaltlichen aus, die Zahl der Buchungen im Jahr 1999 habe bei 55.976 Übernachtungen für 7.677 Gäste gelegen; dies seien 0,27 % aller Übernachtungen in Schleswig-

Holstein. Wenn man die amtliche Statistik zugrunde lege, die allerdings auch nur etwa 50 % der Übernachtungen wiedergebe, reduziere sich diese Zahl auf 0,13 %. Eine Aussage über die einzelnen Buchungswege - telefonisch, schriftlich, Internet - sei nicht möglich.

Die Auflistung der Anfragen ergebe folgendes Bild: Telefon 32 %, Post 55 %, Fax 7,4 %, E-Mail 5,2 %, andere 0,3 %. Vom April 1999 bis April 2000 habe es im Internet 99.326 Anfragen beim Tourismusverband und 150.321 Besuche der Website gegeben.

Abg. Kubicki bittet um eine Erläuterung der Aussage, wonach die Dachmarke Schleswig-Holstein mit den vorhandenen Mitteln nicht einführbar sei. Er möchte weiter wissen, ob der unter Kostengesichtspunkten nachvollziehbare Verzicht auf eine zentrale Buchungsstelle dazu führe, dass diejenigen, die nicht über eine regionale Buchungsstelle verfügen, über die Vermittlung durch die TASH erreicht werden könnten. Außerdem ist nach seiner Auffassung zu klären, ob die doch vielfältigen Aufgaben, die auf dem Chart der Consultingfirma mitgeliefert worden seien, mit den vorhandenen Mitteln durchführbar seien. Schließlich erkundigt er sich danach, ob es eine Finanzplanung mit der Projektion des erwarteten Zuschussbedarfs des Landes für die nächsten Jahre gebe.

Abg. Maurus stellt heraus, festzuhalten sei erstens, dass es nicht gelungen sei, die Buchungsstruktur den Gegebenheiten anzupassen - nach wie vor gebe es in vielen Orten keine Zimmervermittlungen, sondern lediglich Zimmernachweise -, und zweitens, dass Zimmervermittlungen, wo sie sich etabliert haben, lediglich regional liefen. Die SHT habe nicht erfolgreich sein können, „weil man schlicht und ergreifend das Fundament nicht mit den Mauern versehen, sondern versucht hat, das Dach obendrauf zu setzen“. Er möchte wissen, wie lange SHT nunmehr laufe und wie viele Mittel die SHT ausgegeben hat. Neben Einzelanbietern vermittelten auch Reisebüros über SHT; für diese stelle sich die Frage nach dem weiteren Vorgehen, da sie nunmehr die Verlierer seien, nachdem sie sich auf dieses Spiel eingelassen hätten.

Zur Tourismusorganisation merkt Abg. Maurus an, die Diskussion habe zu der Erkenntnis geführt, dass es sich beim Tourismus um einen globalisierten Markt handle. Mehr und mehr Gäste zögen den Auslandsurlaub dem Inlandsurlaub vor und im Zuge der Wiedervereinigung habe sich der Wettbewerb im Inland weiter verschärft. In diesem Zusammenhang sei die Forderung erhoben worden, die Kräfte zu bündeln, um den Markt wettbewerbsfähig zu machen. Mit TMSH sei dies nicht - auch nicht im Vergleich mit anderen Bundesländern - zu schaffen gewesen und auch bezüglich der TASH habe er Zweifel. Die TASH werde zum Flop werden, wenn es nicht gelinge, die Tourismuswirtschaft vernünftig mit einzubringen.

Abg. Maurus fragt, welche Marketingmaßnahmen auf diesem Sektor für das Haushaltsjahr 2001 konkret konzipiert seien und welche innovativen Schlüsselprojekte im Haushaltsjahr 2001 initiiert werden sollen.

Nach den Worten des Abg. Neugebauer zeigt die Diskussion, dass noch erheblicher Beratungsbedarf bestehe. Die SPD-Fraktion behalte sich vor, im Zuge der bevorstehenden Haushaltsberatungen eine Entscheidung darüber zu treffen, in welcher Weise Landesmittel im Interesse Schleswig-Holsteins für den Bereich des Tourismus ausgegeben werden.

Zur Kritik an der Landesregierung unter dem Stichwort „Vergangenheitsbewältigung“ merkt Abg. Neugebauer an, dass es im letzten Jahr die Koalitionsfraktionen gewesen seien, auf deren Veranlassung hin die Mittel gesperrt worden seien, weil große Zweifel im Hinblick auf die Effektivität bestanden hätten. Die Koalitionsfraktionen und die F.D.P. hätten an der Sperre festgehalten und die Aufhebung an bestimmte Kriterien gebunden. Der Ministerin gebühre Dank dafür, dass sie den Tourismus zur Chefsache erklärt und sich den Argumenten der Koalitionsfraktionen und der F.D.P. angeschlossen habe.

Handeln sei geboten und die Fehler der Vergangenheit dürften nicht wiederholt werden. In den letzten Jahren habe es eine Reihe von Gutachten gegeben, in denen alles für richtig gehalten worden sei. Demgegenüber stehe der neue Gutachter auf dem Standpunkt, dass alles Bisherige falsch gewesen sei. Dieser Haltung vermöge er sich jedoch erst dann anzuschließen, wenn er das jetzt vorliegende Gutachten durchgearbeitet habe. Im Prinzip - so wiederholt Abg. Neugebauer - sei Handeln geboten und das, was vorgelegt worden sei, sei ohne Zweifel ein Schritt in die richtige Richtung.

Abg. Neugebauer schließt seine Ausführungen mit dem Bemerken, dass bei der Auswahl des Geschäftsführers marktwirtschaftliche Kenntnisse eine größere Rolle spielen müssten als regionale Verbundenheit. Darüber hinaus sei bei der TASH eine Marktorientierung vonnöten; sie müsse Gewinne erzielen können. Das Land werde darauf zu achten haben, in welcher Weise die angeforderten Mittel für Marketingaufgaben verwendet werden, welche Ziele mit dem Marketing verbunden werden sollen und auf welche Weise sichergestellt sei, dass die Mittel nicht etwa in ein Buchungssystem oder in regionale Vertriebsnetze fließen.

Die Vorsitzende des Finanzausschusses schlägt in Absprache mit dem Vorsitzenden des Agrarausschusses vor, den Bericht in der heutigen Sitzung zur Kenntnis zu nehmen und im Zuge der Haushaltsberatungen die erforderlichen Entscheidungen zu treffen.

Abg. Heinold sieht ein Problem darin, den Bericht heute zur Kenntnis zu nehmen, wenn am 14. September in der Mitgliederversammlung letztlich entschieden werde, dass in den Landeshaushalt

eingestellte Mittel für das neue Konzept bereitgestellt werden. Für die Zukunft sei damit ein Konflikt praktisch vorprogrammiert. Es sei deshalb erforderlich, dass zunächst die Fragen des Abg. Kubicki beantwortet werden. Auch Abg. Sager bittet um die Beantwortung der gestellten Fragen.

Abg. Sager geht auf die Ausführungen des Abg. Neugebauer ein und wirft die Frage auf, auf welcher Grundlage M Buß die Tourismuspolitik betrieben habe. Der Entsperrungsantrag sei nämlich nicht „vom Himmel gefallen“, vielmehr habe M Buß dringend darum gebeten, für laufende Marketingmaßnahmen die Mittel für den Tourismusverband zu entsperren. Demgegenüber sei den Ausführungen des neuen Gutachters zu entnehmen, dass die bisherige Grundlage der Tourismuspolitik im Lande völlig falsch gewesen sei.

Die Vorsitzende stellt klar, dass zwischenzeitlich ein Wechsel in der Spitze des Ministeriums stattgefunden habe, und M Franzen habe die von ihrem Vorgänger eingereichte Vorlage zurückgezogen. Demgegenüber habe Abg. Maurus im Finanzausschuss die Freigabe der gesperrten Mittel „dringendst eingefordert“.

Abg. Kubicki führt aus, die Beteiligten sollten in ihrer Sitzung am 14. September nicht davon ausgehen, dass die Landesmittel in voller Höhe erhalten bleiben. Er erwarte von M Franzen und dem neuen Gutachter, dass den Abgeordneten nachvollziehbar dargestellt werde, dass die entwickelte Konzeption mit den bisher vorhandenen Mitteln sinnvoll umgesetzt werden könne, dass es möglicherweise sogar in bestimmten Bereichen auch Kürzungen geben könne.

Die Vorsitzende wiederholt ihren Verfahrensvorschlag, den Bericht in der heutigen Sitzung zur Kenntnis zu nehmen und über das weitere Vorgehen im Zuge der Haushaltsberatungen auf der Grundlage der dann vorliegenden Antworten von M Franzen auf die in der heutigen Sitzung gestellten Fragen zu entscheiden. Die inhaltliche Diskussion sollte allerdings im Agrarausschuss als dem für den Tourismus zuständigen Ausschuss geführt werden. - Die Mitglieder beider Ausschüsse und M Franzen erklären sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

Die Vorsitzende des Finanzausschusses schließt die Sitzung um 11:45 Uhr.

gez. Kähler

Vorsitzende

gez. Breitkopf

Geschäfts- und Protokollführer